

Berlin, Dienstag,

Die Zeitung erscheint in der Woche  
zweimal.

Bezugs-Preis:  
vierteljährl. für Berlin 7 M. 50 Pf.  
ohne Beienlohn, für ganz Deutsch-  
land und Oesterreich 9 M.

für Frankreich, Belgien, England,  
Schweiz, Amerika u. s. w. Kreuzband-  
Sendung 20 M. für das Vierteljahr.

Bestellungen werden angenommen  
für Frankreich bei Aug. Amann in  
Straßburg i. S.,

für England bei Aug. Siegle in London,  
30 Fins Street E. C., Comis & Co. in  
London, 19 Gresham Street E. C.

# Berliner Börsen-Zeitung.

Bestellungen werden angenommen  
bei allen

Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

Als besondere Beilagen erscheinen:

- Verdingungs-Anzeigen.
- Hötel- und Wäber-Anzeiger.
- Vollständige Viehzugslisten  
der Preussischen Klassen-Follerie.
- Allgemeine Verlosungs-Tabellen  
mit Restanten-Listen  
und viele andere wichtige tabellarische  
Uebersichten.

Inserions-Gebühr:

Die viergespaltene Zeile 40 Pf.,  
Reclametheil 80 Pf., die ganze Seite  
200 Mark.

Expedition der Berliner Börsen-Zeitung: Berlin W., Kronenstrasse No. 37. — Annahme der Inserate: in der Expedition.

## Zur Lage.

Die hochpolitische Rede, mit der Graf Caprivi am Freitag den Reichstag übertrugte, hat in der Presse ein verhältnismäßig sehr schwaches Echo nachgerufen. Der Leiter der gesammten Deutschen Politik sprach von Bestrebungen, ihn zu stützen, er erklärte, nur um des schmerzlichen Erntes der Zeiten willen aushalten zu wollen, und er erhielt, von der deutschfreisinnigen Partei abgesehen, in Parlament und Presse kaum eine Bescheinigung darüber, daß diese inhaltsschweren Worte gehört worden sind. Die zunächst beteiligte „Kreuzzeitung“, welche die Debatten der vergangenen Woche einer langen Betrachtung unterzieht und sich auch mit dem Grafen Caprivi, namentlich mit dessen conservativem Bekenntnis beschäftigt, hält es weder für geboten, ihre Partei gegen den Vorhalt, daß sie den Kanzler stützen wolle, zu vertheidigen, noch auch hat sie ein Wort, sei es der Genugthuung, sei es des Gegentheils, für die Befundung seines Entschlusses, am Amte festzuhalten und für die Begründung dieses Entschlusses. Normal ist dieses Verhalten der Presse nicht, eben deshalb entspricht es aber unserem politischen Gesamtzustande, der an Beworrenheit seines Gleichen sucht. Immer den Deutschfreisinn ausgenommen, scheinen sich die Parteien zu der gegenwärtigen Reichsregierung neutral zu verhalten, gleich weit entfernt vom „Hassen oder Lieben“, welche Gesühle Clemens Brentano als die Triebfeder auch des politischen Lebens bezeichnet, während er die Neutralität als ausschließlich dem — Teufel zukommend erachtet. Und der Deutschfreisinn, der vor der Möglichkeit eines Personenwechsels in der obersten Leitung der Regierung zittert, verweigert die Zustimmung zu einer Vorlage, deren Scheitern unter halbwegs normalen Verhältnissen den Rücktritt des Grafen Caprivi zur Folge haben müßte! Der Kanzler irrt allerdings, wenn er von anderen Parteien glaubt, sie wollten ihn stützen, wahrscheinlich ist nur, daß mindestens die ehemaligen Cartelparteien in einem gegebenen Falle keine Anstrengungen machen würden, ihn zu halten. Diese Parteien sind mit ihm der Meinung, daß in diesen „schweren Zeiten“ Festigkeit der Regierung die erste Anforderung ist, die zu einer Gesundung Deutschlands zu stellen ist.“ Sie werden ihm aber kaum zugeben können, daß „jeder Wechsel in der Person mit einer Erschütterung dieser Festigkeit verbunden“ sei, und daß Graf Caprivi deshalb „um des Kaisers und des Reiches willen“ aushalten müsse. Daß ein Wechsel in der Person unter allen Umständen die Festigkeit der Regierung erschüttern muß, ist eine irrtümliche Auffassung, aber allerdings begründet für einen Politiker, der in der Lage war, die lodernen Wirkungen des Personenwechsels vom 20. März 1890 aus nächster Nähe zu beobachten. Aber wenn zwei dasselbe thun oder thun müssen, so ist es nicht dasselbe, und wenn Graf Caprivi dem Beispiele des Fürsten Bismarck zu folgen veranlaßt wäre, so würde die Stärke der Regierung aus dem einfachen Grunde nicht leiden, weil der zweite Kanzler niemals ein Clement der Festigkeit gebildet hat. Die Begründung dieses Urtheils fände sich in einer einfachen chronologischen Aufzählung sämtlicher Regierungshandlungen und Kundgebungen seit dem Amtsantritt des zweiten Kanzlers. Die Handelsverträge, die nicht ohne Energie einmal allerdings nicht starken, inneren Widerstand gegenüber ins Leben gerufen wurden, bilden keine Ausnahme; bei dieser Gelegenheit ist die Deutsche Regierung vor der Position der contrahirenden fremden Staaten weiter zurückgewichen, als die Umstände geboten. Selbst von der Festigkeit nach der speciellen Richtung, die dem Kanzler sein Verbleiben

im Amt als eine patriotische Pflicht erscheinen läßt, ist nichts wahrzunehmen gewesen. Es handelt sich um agrarische und antisemitische Demagogie. Nun sind wir allerdings nicht der Meinung, daß die staatlichen Organe Bewegungen dieser Art viel anzuhaben vermögen, noch weniger wünschen wir, daß die Behörden dort eingreifen, wo sie nicht durch das Gesetz dazu aufgefordert werden. Aber die Regierung, die darüber, nach den Reden ihres Leiters zu urtheilen, anders zu denken scheint, hat nicht nur nicht gehandelt, sondern vielmehr Del ins Feuer geschossen. So z. B. hat die schroffe, geflüstertlich ungeschickte Abweisung nicht antisemitischer Bimetallisten bei der ersten Lesung des Etats Agrarier wie Antisemiten gleichzeitig herausgefordert. Bei überzeugten Anhängern der Doppelwährung, und wir haben deren nun einmal im Land, mußte es Kegerneiß hervorrufen, als der oberste Beamte des Reiches aus keinem anderen Grunde eine wirtschaftspolitische Forderung verurtheilte, als weil sie gleichzeitig zu antisemitischen Agitationszwecken erhoben wird. Die antisemitische Bewegung, der bei dieser Gelegenheit eine außerordentliche „Festigkeit“ angedroht wurde, ist seit jener Rede nicht zurückgegangen, die agrarische ist gewaltig angeschwollen. Von der Aufstellung der Theorie, daß die Allgemeinheit in den Getreidezöllen der Landwirtschaft ein Opfer bringe, darf man eine ähnliche Wirkung erwarten. Sie ist wissenschaftlich falsch, denn der Freihandel oder der Vertragszustand ist nicht der natürliche, weil nicht der historisch überkommene Zustand, sie verkennt die Harmonie der Interessen, und vor allen Dingen war es höchst unethisch und unpraktisch, sie in diesen Tagen agrarischer Erregung zu verfechten und damit dem Radicalismus und Socialismus eine agitatorische Waffe gegen diejenigen zu liefern, welche nach dem Wunsche der Regierung nicht agitiren sollen. Es ist weder consequent noch klug, eine Einrichtung, wie die Getreidezölle, für unethisch zu erklären und in einem Athem ihren wirtschaftspolitischen und selbst sittlichen Erfindungsgrund zu verneinen. Und dabei erkennt der Reichskanzler an, daß die Bewegung, deren Träger er also reizt, sehr tief gehe und sehr ernst aufzufassen sei! Volkströmungen wollen von einer festen Regierung nicht kritisiert, nicht bejammert, sondern geleitet werden, auf daß sie keinen Schaden anrichten. Wie sehr aber die Festigkeit zu leiten, dem Kanzler abgeht, zeigt die Entwicklung des Conservatismus. Graf Caprivi fand bei seinem Amtsantritt bei dieser Partei die größte Bereitwilligkeit vor, ihn zu unterstützen; sie nahm eine abgewandt-verlegene Haltung zu Friedrichsruh ein, die zwar nicht edelmüthig, aber für den Nachfolger des Fürsten Bismarck die denkbar bequemste war. Er verstand es jedoch nicht, eine Stütze an ihr zu behalten, indem er, wie sein Vorgänger, rechtzeitig zugellte, wenn Strömungen die Oberhand zu gewinnen drohten, die mit dem Regierungsinteresse und Staatswohl nicht vereinbar bleiben konnten. Und Fürst Bismarck hat sein Ziel in der conservativen Partei häufiger durch Festigkeit als durch Nachgiebigkeit erreicht. Freilich zu dem Experiment verfuhr er sich nie, daß er auf die Partei einen Druck ausübte, um sie zur Billigung eines Gesetzes zu veranlassen, welches später wieder zurückgezogen wurde. Konnte Graf Caprivi zu den Conservativen, seinen politischen Freunden, wie er in seiner letzten Rede nachdrücklich hervorhob, kein Verhältniß gewinnen, so darf es nicht Wunder nehmen, wenn ihm dies mit den Mittelparteien noch weniger gelungen ist. Die Nationalliberalen wurden von Anbeginn von ihm mit einem unbefriedigenden Mißtrauen betrachtet und gelegentlich noch schroffer angefaßt, als jetzt die Bimetallisten. Ob die Unfähigkeit, neben der

Dankbarkeit der Nationalliberalen gegen den Fürsten Bismarck ihre Bereitwilligkeit zu erkennen, unter den geänderten Verhältnissen an der Weiterentwicklung mitzuarbeiten, dem Mißtrauen zu Grunde lag, oder ob Graf Caprivi geflüstertlich durch Centrumsbrieffen sah, bleibt dahingestellt und ist ziemlich gleichgültig; jedenfalls ist der Verdacht, daß die 42 Nationalliberalen im Reichstage den Nachfolger Bismarcks zu stürzen beabsichtigten, bis in die neueste Zeit gehegt und, wenn auch nicht im Parlament, unzweideutig ausgesprochen worden. Ihre Mitwirkung an dem Zustandekommen der Heeresreform wird das Mißtrauen wohl ebensowenig beseitigt haben, als die platonische Zuneigung des Deutschfreisinn und des Centrums zum neuen Kurs nach ihrem wahren Werth erkannt sein dürfte. Allerdings es ist noch nicht aller Tage Abend, vielleicht gefellen sich zu den Parteien, welche den Kanzler weder stützen, noch ihn halten wollen, ihn aber um der Sache willen bei der Heeresreform unterstützen, auch diejenigen bürgerlichen Parteien, die ihn gern an seinem Platze sehen, nicht weil sie von einem Personenwechsel eine Erschütterung der Festigkeit, sondern das Gegentheil befürchten. Von dem particularistischen Centrum insbesondere würde es sehr zu verwundern, wenn es nicht in letzter Stunde seine Liebe betätigte und Opfer für die Erhaltung eines Regiments brächte, unter dem der Reichshaus schon so manche werthvolle Beschädigung erlitten hat. Allein jener „festigende“ Act der Trennung des Amtes des Reichskanzlers und des Preussischen Ministerpräsidenten ist für die Vertreter der Loderungsdeideen ein Schock Millionen Mark werth. — 88.

## Telegramme.

**Br. Stargard, 20. Februar. (S. T. C.)** Amtliches Wahlergebnis. Bei der am 16. d. Mts. in Wahlkreise Berent-Dirschau-Pr. Stargard vollzogenen Reichstagswahl wurden insgesammt 20 601 Stimmen abgegeben. Von denselben erhielten Interzessionsbesitzer von Kalkstein-Konowen (Wolc) 14 155 Stimmen, Landhofs Director Albrecht-Suzemin 3630, Kaufmann Raach (Antisemit) 1810 und Landrat Engler (freiconj.) 793 Stimmen. Der Erstgenannte ist somit gewählt.

**Signaringen, 20. Februar. (S. T. C.)** Die Beisetzungsfeierlichkeiten der Fürstin Katharina von Hohenzollern begannen heute Morgen 11 Uhr. Anwesend waren der Fürst von Hohenzollern, die Fürstin-Mutter, die fürstliche Familie, die königlichen, fürstlichen und städtischen Beamten, die Officiere und Vertreter des Schwäbischen Adels. Der Grabgang wurde durch die Benedictiner ausgeführt.

**Wien, 20. Februar. (S. T. C.)** Der Obersthofmeister Prinz Hohenlohe überbrachte gestern dem Pronuntius Galimberti die Glückwünsche des Kaisers für den Papst. — Gestern fand unter dem Vorsitz des Grafen Kalnoky eine gemeinsame Ministertagung statt, an welcher die Ministerpräsidenten Graf Taaffe und Dr. Beckler, sowie die Minister Bauer, Kallay, Welfersheimb, Steinbach, Fejerbary und Tisza theilnahmen. Nach der „Budapester Correspondenz“ sind in der Konferenz die wichtigsten Details des nächstjährigen gemeinsamen Vorausschlages beraten worden.

**Wien, 20. Februar. (S. T. C.)** Abgeordnetenhaus. In der heutigen Sitzung wurde der Justizetat angenommen. Das Haus ging sodann zur Beratung des Etats des Finanzministeriums über.

**Wien, 20. Februar. (S. T. C.)** Das „Armee-Verordnungsblatt“ veröffentlicht die Ernennung des Erzherzogs Leopold Saluator zum Oberst-Inhaber des 18. Infanterie-Regiments.

**Genf, 20. Februar. (S. T. C.)** Die Kaiserin von Oesterreich besichtigte gestern den ganzen Tag zu Fuß die Stadt und die Umgebung von Genf und reiste heute nach Territet bei Vevey weiter.

**Paris, 20. Februar. (S. T. C.)** Es beschäftigt sich, daß der Präsident des Senates Leroyer aus Gesundheitsrückichten seine Demission gegeben hat.